

Nürnbergers finanzieller Weg abwärts

- Einsparungen von 1996–1999 (Sparpaket, Wiederbesetzungssperre und 3x1-Sparregelung) erbringen etwa 13,5 Millionen DM.
- Gewerbesteuerereinnahmen brechen 2001 um 185 Millionen DM ein.
- 138 Millionen DM Verlust (brutto) in der Jahresbilanz 2001 der Stadt Nürnberg.
- Haushaltssperre im Juni 2002
- **Im Haushaltsplanentwurf 2004 fehlen 99,8 Millionen Euro** (im Verwaltungshaushalt 114,4 Millionen, im Vermögenshaushalt 214,2 Millionen Euro).
- Regierung von Mittelfranken genehmigt Haushalt 2003 unter dem Vorbehalt, dass **Einsparungsbeschlüsse in Höhe von 20 Millionen Euro** getroffen werden, die bis 2006 voll kassenwirksam werden.
- CSU, SPD und Grüne einigen sich, keine Anträge einzubringen, die den Haushalt erhöhen
- Sparrunde 2003 muss 20 Millionen Euro erbringen: **Verwaltungspaket** in Höhe von 10 Millionen Euro ist geschnürt.
- **Zusätzliches Sparpaket** wird zu den Haushaltsberatungen vorbereitet, das Vorschläge aus den Parteien (unter anderem Streichung einer Stelle beim Frauenbüro) und aus früheren Sparrunden enthält.

Auch wenn es wie eine Episode aussieht: Wolfgang Köhlers **Zurückweisung der »Köhlerleiste«** im Interview (*sie liegt uns schriftlich vor*) ist symptomatisch für die Sparrunde 2003. Niemand will die Verantwortung für nachhaltige und dauerhafte Einsparungen beim Haushalt übernehmen. Sicher ist es richtig, die »Luft«, die noch in der Verwaltung steckt, mit dem 10 Millionen-Sparpaket rauszulassen. Aber diese von der Verwaltung aufgezeigten Spielräume gab es schon in allen Sparrunden ab 1990, sie wurden offensichtlich nur nie richtig vom Stadtrat eingefordert. Der Unterschied zu 13 Sparjahren? So **nah am finanziellen Abgrund** war die Stadt bislang nie. Jetzt bedürfte es also politischer Entscheidungen, wohin die Stadt in Zukunft steuert, sprich, welche Dienste sie aufrechterhält und welche nicht. Und wenn man schon nicht am Personal, dem einen großen Posten, sparen kann und will, dann sollte man wenigstens den Weg zum Sparen aufzeichnen.

Das, was uns bei Redaktionsschluss von dem zusätzlichen Haushaltspaket bekannt wurde (u. a. 30 Millionen aus der Gemeindefinanzierung, 18 Millionen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe etc.), besteht bislang aus Luftbuchungen, da sich Bundestag und Bundesrat in wesentlichen Dingen uneinig sind. **Um so unverständlicher** ist es für die BürgerInnen, dass die Stadt sich Straßenbauprojekte und den Stadlonausbau leistet, obwohl sie nicht weiß, wie sie dies finanzieren soll. Deshalb ist das Antragspaket mit 64 Anträgen des »Guten« Stadtrats, Stephan Grosse-Grollmann, das Einsparungen im Verkehrsbereich (u.a. Stopp des U-Bahnausbaus, kein Weiterbau der Bamberger Straße Aufgabe der Flughafenanbindung etc.) vorsieht, bei gleichzeitigem Erhalt und Ausbau sozialer Einrichtungen, der allein richtige Weg – einzig, **das Rathausbündnis wird sie routiniert abschmettern**. Das entspricht dem zweiten Charakteristikum dieser Verhandlungen: Sie finden in den Zimmern der Fraktionsvorsitzenden, der ReferentInnen und des OB statt, der Stadtrat nickt ab. So kommt die Stadt sicher nicht weg vom finanziellen Abgrund.

Rainer Büschel

Stand der Dinge